

70 Jahre Land Rheinland-Pfalz – NS-Opfer aus Koblenz und Umgebung und Neuanfang nach dem Nationalsozialismus

Joachim Hennig, Förderverein Mahnmahl Koblenz

Vor 70 Jahren entstand unser heutiges Land Rheinland-Pfalz. Es war – wie andere „Bindestrich-Länder“ – ein Produkt der Zonengeografie nach dem Zweiten Weltkrieg - ein „Land aus der Retorte“. In mehrfacher Hinsicht hatte es einen sehr schweren Start. Die Besatzungsmächte, zunächst waren es die Amerikaner und dann Franzosen, fanden ein ruiniertes Land und ein geschlagenes und scheinbar unbelehrbares Volk vor. In den deutschen Städten war weit mehr als die Hälfte des Wohnraums durch den Bombenkrieg zerstört, in Koblenz über 60 Prozent. Brücken und Straßen waren oft unpassierbar, vielen Familien fehlte der Ernährer, Kriegsversehrte waren ein gewohnter Anblick. Schwer zu ertragende Schicksale gab es überall. Und überall fehlte es an Lebensmitteln. Der Hunger war ein großes Problem.

Das größte Problem war der Strom der Heimatvertriebenen und Flüchtlinge, der sich aus den abgetrennten deutschen Ostgebieten und aus Ost-Mitteleuropa in das verkleinerte und vierfach geteilte Deutschland ergoss. Ende Oktober 1946 wurden 9,6 Millionen Heimatvertriebene gezählt. Die Rheinländer nahmen von ihnen aber nur wenige und die widerwillig auf; sie fürchteten eine „Überfremdung“ der katholischen Bevölkerung durch vor allem evangelische Flüchtlinge.

Dann gab es noch die ca. sieben Millionen Mitglieder der NSDAP und nach neuesten Forschungen schätzungsweise 200.000 bis 250.000 NS-Täter. Die Stimmung im Volk spiegelte dies wider: Im April 1946 erklärten in einer Meinungsumfrage über die Hälfte der Interviewten, der Nationalsozialismus sei eine gute Idee – nur schlecht ausgeführt. Noch 1948 ergab eine Umfrage, dass ungefähr die Hälfte der Bevölkerung unverändert antisemitisch oder rassistisch dachte.

Das waren schlechte Voraussetzungen für einen neuen, demokratischen Anfang. Es kam hinzu, dass die Franzosen durch die deutsche Besatzung ihres Heimatlandes während des Zweiten Weltkrieges traumatisiert und ökonomisch recht schwach waren. Ihr Motto lautete: „Sécurité et Charbon“ – „Sicherheit und Kohle“. Nur relativ spät und nach und nach gingen sie an die Gründung des Landes und an die Herausbildung demokratischer politischer und gesellschaftlicher Strukturen.

Den Anfang machte der Militärgouverneur der Französischen Besatzungszone General Pierre-Marie Koenig. Mit seiner „Erklärung bezüglich der Schaffung eines rhein-pfälzischen Landes“ sowie der Ordonnance No. 57 (VO Nr. 57). In dieser Gründungs- bzw. Geburtsurkunde von Rheinland-Pfalz wurde die Einrichtung eines neuen Landes, bestehend aus den Regionen Pfalz, Trier, Koblenz, Mainz und Montabaur, angeordnet. Festgelegt war auch das Verfahren über das Zustandekommen der Verfassung. Die Hauptstadt des künftigen Landes sollte Mainz sein. In der Erklärung hieß es, damit solle dem neuen Land und seiner Bevölkerung ermöglicht werden, „dieses Land auf demokratischer Grundlage (...) zu organisieren.“

Wenn auch deutsche Politiker an der Landesgründung nicht beteiligt waren, so engagierten sich an dem folgenden Aufbau des Landes auch Widerstandskämpfer gegen den Nationalsozialismus und NS-Opfer. Triebfeder für viele von ihnen war, was die Überlebenden des Konzentrationslagers Buchenwald kurz nach der Befreiung auf dem Appellplatz schworen:

„Wir führten in vielen Sprachen den gleichen harten, erbarmungslosen, opferreichen Kampf, und dieser Kampf ist noch nicht zu Ende. Noch wehen Hitlerfahnen! Noch leben die Mörder unserer Kameraden! Noch laufen unsere sadistischen Peiniger frei herum!

Wir schwören deshalb vor aller Welt auf diesem Appellplatz, an dieser Stätte des faschistischen Grauens:

Wir stellen den Kampf erst ein, wenn auch der letzte Schuldige vor den Richtern der Völker steht!

Die Vernichtung des Nazismus mit seinen Wurzeln ist unsere Losung. Der Aufbau einer neuen Welt des Friedens und der Freiheit ist unser Ziel.

Das sind wir unseren gemordeten Kameraden, ihren Angehörigen schuldig. –

Und 21.000 Männer streckten die Hand zum Himmel und sprachen: ‚Wir schwören!‘“

Für die NS-Opfer war es schwer, dem so gestellten Anspruch gerecht zu werden. Die jahrelange Folter, Erniedrigung, der Hunger, die Verzweiflung und Todesangst hatten bei ihnen tiefe Spuren hinterlassen. Schon das Zurückfinden in das „normale“ Leben - also außerhalb der Konzentrationslager, der Zuchthäuser, nach ihrer Rückkehr aus der Emigration oder der Illegalität – war nicht leicht. Die Umgebung machte es ihnen nicht leichter. Sie kamen zurück in eine zerstörte Stadt, waren vielfach schwer krank, ihre Familien waren zerstreut, ihre Arbeitsstellen verloren, Lebensmittel Mangelware. Nicht selten mussten sie zudem auch noch gegen Vorurteile kämpfen (nach dem Motto: „Es wird schon etwas dran gewesen sein, wenn man im Zuchthaus war.“). Bisweilen sah man sie auch als „Störenfriede“ an – vor allem ganz konkret dann, wenn sie ihr Hab und Gut zurückhaben wollten.

Viele ließen sich aber nicht unterkriegen, fanden den Mut und die Kraft, ein neues Leben zu beginnen oder da anzuknüpfen, wo sie aufgrund der Verbrechen des Nationalsozialismus notgedrungen hatten aufhören müssen. Dazu gehörte auch ihre Beteiligung am Neuaufbau bzw. Wiederaufbau.

Die Gewerkschafter unter ihnen wurden schon sehr bald beim demokratischen Aufbau von unten nach oben („grassroot-democracy“ – „Graswurzeldemokratie“) aktiv, die Politiker der unterschiedlichen Grundhaltungen und Strömungen folgten dann, hatte sich die französische Besatzungsmacht doch erst recht schwer mit der Zulassung politischer Parteien getan.

Als wenige Tage nach der Proklamation des „rhein-pfälzischen“ Landes am 30. August 1946 die „Gemischte Kommission“ zusammentrat und diese einen sechsköpfigen Unterausschuss für Verfassungsfragen bildete, waren mehrere seiner Mitglieder Opfer des Nationalsozialismus. Einer von ihnen war der in Niederlahnstein geborene Dr. Ernst Biesten (1884 - 1953, CDP später CDU).¹ Der Jurist war jahrelang Dezernent der Stadt Koblenz und dann erster Polizeipräsident von Koblenz. Als entschiedener Gegner des aufkommenden Nationalsozialismus wurde er sofort nach der Machtübernahme der Nazis aus seinem Amt entfernt. Die Nazis vor Ort bis hin zum Gauleiter Gustav Simon sorgten dafür, dass er keine Anstellung im Staatsdienst und auch keine Zulassung als Rechtsanwalt erhielt.

Bei den ersten freien Wahlen nach der zwölfjährigen Hitler-Diktatur – bei den Wahlen zu den Gemeinde- und Stadtvertretungen Mitte September 1946 und vier Wochen später bei den Wahlen zu den Kreistagen – stellten sich zahlreiche NS-Opfer zur Wahl. In Bad Kreuznach war es der Gewerkschafter und Kommunist Hugo Salzmann (1903 – 1979).² Er hatte mit seiner Familie vor den Nazis nach Frankreich fliehen müssen, wurde bei Beginn des Zweiten Weltkrieges im südfranzösischen Konzentrationslager Le Vernet inhaftiert, an die Gestapo

¹ Vgl. zu Dr. Ernst Biesten auch die Kurzbiografie auf der Homepage des Fördervereins Mahnmahl Koblenz – <http://mahnmal-koblenz.de/index.php/2013-12-12-02-07-02/die-personentafeln/193-051-ernst-biesten-beigeordneter-polizeipraesident-richter-aus-koblenz>

² Vgl. zu Hugo Salzmann auch die Kurzbiografie auf der Homepage des Fördervereins Mahnmahl Koblenz - <http://mahnmal-koblenz.de/index.php/2013-12-12-02-07-02/die-personentafeln/181-039-familie-hugo-salzmann-hugo-salzmann-kommunist-aus-bad-kreuznach-emigrantenfamilie>

ausgeliefert und nach einer einjährigen Haft im Gefängnis in Koblenz vom Volksgerichtshof in Berlin wegen Hochverrats zu zehn Jahren Zuchthaus verurteilt. Seine ebenfalls in Frankreich an die Gestapo übergebene und dann nach Koblenz überführte Ehefrau Julianna kam im Frauenkonzentrationslager Ravensbrück um.

Eine ganz besondere Bedeutung hatten diese Wahlen auch für Johann Dötsch (1890 - 1946).³ Als Gewerkschafter und Sozialdemokrat hatten ihn die Nazis schon früh wiederholt in „Schutzhaft“ genommen. Bei Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde er ins Konzentrationslager Sachsenhausen verschleppt. Er überlebte den „Todesmarsch“ Richtung Ostsee und kam schwerkrank nach Koblenz zurück. Hier wurde er noch Präsidialdirektor („kleiner Minister“) der Provinz Rheinland-Hessen-Nassau. Sein großer Wunsch ging in Erfüllung, als er an den Gemeindewahlen teilnehmen konnte. Dazu wurde er auf einer Bahre in das Wahllokal getragen. Drei Wochen später starb Johann Dötsch an den Folgen der KZ-Haft.

Die aus den Wahlen hervorgegangenen Mandatsträger wählten ihrerseits die 127 Mitglieder der Beratenden Landesversammlung. Deren vornehmliche Aufgabe war es, den vom Verfassungsausschuss vorbereiteten Verfassungsentwurf endgültig für die Volksabstimmung hierüber auszuarbeiten.

Diesem Gremium, das sich im Koblenzer Stadttheater am 22. November 1946 konstituierte, gehörten auch einige NS-Opfer an. Ein exponiertes Mitglied war der Kommunist Ernst Buschmann (1914 – 1996).⁴ Vor der drohenden Verhaftung durch die Gestapo floh er erst nach Holland, kam dann über mehrere Stationen nach Spanien. Dort nahm er auf der Seite der Internationalen Brigaden am Bürgerkrieg gegen Franco und seine Faschisten teil. Nach der Niederlage der Republikaner war er in südfranzösischen Lagern interniert. Vor der drohenden Auslieferung an die Gestapo konnte er fliehen und schloss sich der Résistance an. Nach seiner Rückkehr nach Deutschland war er in Koblenz am Aufbau der Einheitsgewerkschaft und der KPD maßgeblich beteiligt. Zwei weitere Koblenzer Mitglieder der Beratenden Landesversammlung waren Maria Detzel (1892 – 1965, SPD)⁵ und Helene Rothländer (1890 – 1976, CDP, später CDU).⁶ Beide gerieten nach dem Attentat auf Hitler am 20. Juli 1944 als ehemalige Mandatsträgerinnen für die SPD bzw. das Zentrum in das Fadenkreuz der Nazis. Im Rahmen der „Aktion Gewitter“ wurden sie mehrere Wochen im Koblenzer Gefängnis inhaftiert.

In die zum 1. Dezember 1946 gebildete Vorläufige Landesregierung schaffte es kein Koblenzer NS-Opfer. Einer, der den „Schwur von Buchenwald“ abgelegt hatte, war aber Stellvertreter des Regierungspräsidenten des damaligen Regierungsbezirks Montabaur, Alfred

³ Vgl. zu Johann Dötsch auch die Kurzbiografie auf der Homepage des Fördervereins Mahnmal Koblenz - <http://mahnmal-koblenz.de/index.php/2013-12-12-02-07-02/die-personentafeln/152-018-johann-doetsch-spd-funktionaer-und-gewerkschafter-aus-koblenz-metternich>

⁴ Vgl. zu Ernst Buschmann auch die Kurzbiografie auf der Homepage des Fördervereins Mahnmal Koblenz - <http://mahnmal-koblenz.de/index.php/2013-12-12-02-07-02/die-personentafeln/195-053-ernst-buschmann-spanienkaempfer-und-nachkriegspolitiker-der-kpd-in-koblenz>

⁵ Vgl. zu Maria Detzel auch die Kurzbiografie auf der Homepage des Fördervereins Mahnmal Koblenz - <http://mahnmal-koblenz.de/index.php/2013-12-12-02-07-02/die-personentafeln/199-057-maria-detzel-sozialdemokratin-aus-koblenz>

⁶ Vgl. zu Helene Rothländer auch die Kurzbiografie auf der Homepage des Fördervereins Mahnmal Koblenz - <http://mahnmal-koblenz.de/index.php/2013-12-12-02-07-02/die-personentafeln/198-056-helene-rothlaender-zentrums-und-cdu-politikerin-aus-koblenz>

Knieper (1909 – 1973).⁷ Der Höhr-Grenzhausener Kommunist Knieper war nach der Machtübernahme der Nazis wiederholt und zuletzt 11/2 Jahre im Konzentrationslager Esterwegen inhaftiert. Bei Beginn des Zweiten Weltkrieges wurde er in das Konzentrationslager Buchenwald verschleppt. Nach seiner Befreiung dort begann er eine Karriere als höherer Verwaltungsbeamter und war aktiv am Aufbau der KPD und der Vereinigung der Verfolgten des Naziregimes (VVN) beteiligt.

Am 18. Mai 1947 fand die Volksabstimmung über den Verfassungsentwurf der Beratenden Landesversammlung statt. Gleichzeitig wählten die Rheinland-Pfälzer ihr erstes Parlament. Die rund 1,6 Millionen Wahlberechtigten bestimmten – nach einer Nachwahl - 101 Abgeordnete. Es entfielen auf die CDU 48, auf die SPD 34, auf die KPD 8, auf die Liberaldemokratische Partei (LP) 7 und auf den Sozialen Volksbund (SV) 4 Mandate. Der Landtag konstituierte sich am 4. Juni 1947 im großen Saal des Rathauses in Koblenz. Nachdem der zunächst gewählte Ministerpräsident Dr. Boden (CDU) dem Parlament kein mehrheitsfähiges Kabinett präsentieren konnte und zurücktrat, wurde der Koblenzer Peter Altmeier (CDU) zum Ministerpräsidenten gewählt. Er bildete zunächst eine Allparteien-Regierung. Mit dem 18. Mai 1947 ging der knapp neunmonatige – von der Verkündung der Verordnung Nr. 57 vom 30. August 1946 gerechnet - Gründungsprozess des Landes Rheinland-Pfalz zu Ende. Die Geschichte von Rheinland-Pfalz hatte begonnen.

Für die Widerstandskämpfer und andere NS-Opfer war diese Geschichte unter den Bedingungen des Kalten Krieges aber vielfach enttäuschend. Vor allem die Kommunisten wurden systematisch aus dem Neu- und Wiederaufbau ausgeschlossen. Schon im Jahr 1950 wurden sie mit dem „Adenauer-Erlass“ mit etwa 10.000 Berufsverböten aus dem öffentlichen Dienst entfernt. Das ein Jahr später erlassene politische Strafrecht führte zu 125.000 Ermittlungsverfahren gegen und über 7.000 Verurteilungen von Kommunisten und Mitgliedern der Friedensbewegung. Die letzten Kommunisten wurden durch das Verbotungsverfahren gegen die KPD und das 1956 verhängte Verbot mundtot gemacht. Im Zuge des Adenauer-Erlasses musste Alfred Knieper den Landesvorsitz in der VVN niederlegen und aus der KPD austreten; nur mit großer Mühe gelang es ihm, Beamter zu bleiben. Gegen Hugo Salzmanns Sohn lief ein Ermittlungsverfahren nach dem politischen Strafrecht und seine Lehre bei der Stadtverwaltung war gefährdet. Hugo Salzmann verlor nach dem KPD-Urteil sein Stadtratsmandat und ihm drohte die Aberkennung von Entschädigungsleistungen für die erlittene Verfolgung. Gerade die Kommunisten mussten ihrer Gesinnung abschwören oder sie verbergen, für die sie jahrelang in Gefängnissen, Zuchthäusern und Konzentrationslagern eingekerkert und schon damals mundtot gemacht wurden.

Demgegenüber eröffnete das 1951 zu Artikel 131 des Grundgesetzes erlassene 131er-Gesetz ehemaligen Beamten und Richtern, die „infolge der Kriegseinwirkungen beschäftigungslos“ geworden waren, einen Wiedereinstellungsanspruch. Danach konnten auch die durch die Entnazifizierung aus ihren Ämtern entlassenen ehemaligen NS-Beamten und NS-Richter – sofern sie nicht als „Hauptschuldige“ oder „Schuldige“ eingestuft wurden - auf ihre Posten zurückkehren und weiter Karriere machen. Kritiker kommentierten das damals mit den Worten: „Die 131er überrunden die 45er.“

Die vergangenen 70 Jahre sind nach dem schwierigen Anfang dann zu einer Erfolgsgeschichte unseres Landes geworden, die wir am Verfassungstag – dem 18. Mai – dieses Jahr mit dem 70. Geburtstag zu recht in einem großen Rahmen feiern.

⁷ Vgl. zu Alfred Knieper auch die Kurzbiografie auf der Homepage des Fördervereins Mahnmahl Koblenz - <http://mahnmal-koblenz.de/index.php/2013-12-12-02-07-02/die-personentafeln/201-059-alfred-knieper-kommunist-und-verwaltungsbeamter-aus-hoehr-grenzhausen>